



# HESSISCHER LANDTAG

18. 12. 2012

*Zur Behandlung im Plenum  
vorgesehen*

## **Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE**

### **betreffend Gewalt im Umfeld von Polizei-Einsätzen wirksam begegnen**

#### I. Der Landtag stellt fest:

1. Die internationale Menschenrechtsorganisation Amnesty International weist seit Jahren auf Menschenrechtsverletzungen deutscher Behörden gegenüber Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund und Ausländern in Deutschland hin und erhebt die Forderung nach unabhängigen Beschwerdestellen für die Opfer von Gewalt.
2. Ein Polizeieinsatz im Rahmen einer Fahrkartenkontrolle in der Frankfurter U-Bahn löste eine bundesweite Berichterstattung über mögliche Gewalt und Rassismus in deutschen Behörden aus. Nur wenige Wochen später gelangten mit dem Fall eines Deutsch-Marokkaners erneute Vorwürfe über rassistisch motivierte Polizeigewalt in Frankfurt in die Öffentlichkeit.
3. Die Polizeigewerkschaften beklagen eine zunehmende Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten. Zwar habe sich deren Anzahl nicht entscheidend, jedoch die Qualität und Brutalität unvermittelter Angriffe gegen Polizistinnen und Polizisten erhöht.

#### II. Der Landtag beschließt:

Der Landtag veranstaltet alsbald eine öffentliche Anhörung über Gewalt im Umfeld von Polizei-Einsätzen. Dabei sollen die Themen Polizeigewalt und Gewalt gegen Polizei, sowie mögliche Lösungsvorschläge wie unabhängige Beschwerdestellen, Kennzeichnungspflicht, Präventionsmaßnahmen und Deeskalationsstrategien gemeinsam mit Sachverständigen, Menschenrechtsorganisationen, sowie Verbänden und Gewerkschaften diskutiert werden.

#### **Begründung:**

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 18. Dezember 2012

Der Parlamentarische Geschäftsführer:  
**Schaus**